

# Für unabhängige Arbeitnehmerpolitik

Arbeitskreis gegen Deregulierung und Privatisierung

www.arbeitnehmerpolitik.de

Kontakt: gotthardkrupp@t-online.de

Datum: 9.12.2022

## „Die Zeiten des Krieges sind nicht die Zeiten für Forderungen“ (Scholz) und nicht für Streiks! Krieg und Streikrecht sind unvereinbar!

**Tatsächlich herrscht in Deutschland nach reaktionärem Richterrecht das Verbot des Streiks**

- bei strategischen Unternehmensentscheidungen wie Entlassungen und Verlagerungen
- für sogenannte „nichttariffähige Forderungen“, wie im Kampf um mehr Personal, gegen Stilllegungen und Privatisierungen und die Verteidigung des Flächentarifvertrags TVöD
- und bei Regierungsentscheidungen, wie Gesundheitsreformen oder bei Hartz IV, heute Bürgergeld genannt

Neue Pläne der EU sehen vor, die bisher übliche Gewährung des Streikrechts in Kriegszeiten zu annullieren, was auch Folgen für Deutschland haben wird. Kriegszeiten sind unvereinbar mit einem uneingeschränkten Streikrecht.

**Die Regierung Scholz, die 100 Mrd. und mehr für Kriegsaufrüstung locker macht, lässt die arbeitende Bevölkerung und Jugend mit harten sozialen Einschnitten bluten.**



**Das sind soziale Einschnitte durch Senkung der Reallöhne:** Scholz fördert die vom Kapital diktierte „Senkung der Kosten der Arbeit“ durch Kürzung des Reallohns in jeder Form. Dem Regierungsdiktat des Reallohnverlustes im ÖD-Tarifkampf der Länder Ende 2021 folgten in den Monaten März bis heute eine Reihe von den Gewerkschaftsführungen akzeptierte Tarifiergebnisse mit Reallohnverlust. Mit Ausnahme z.B. der durch lange Streiks erkämpften Reallohn-Verteidigung der Hafentarbeiter. Die von Scholz vorgeschlagenen Einmalzahlungen von 3000 Euro haben die Zersetzung des Tarifvertragssystems zum Ziel: Außerdem soll damit der Reallohnverlust durchsetzungsfähig gemacht werden.

**Soziale Einschnitte durch drohende Betriebsschließungen und Massenentlassungen:** Während die Regierung zur Subventionierung der Transformation und zur Rettung der Rendite und Profite in dieser Zeit der Krise und der Kriege Abermillionen in die Kassen der Konzerne und Spekulanten pumpt, sind allein durch die Sanktionspolitik im Rahmen des Wirtschaftskrieges gegen Russland „Millionen Arbeitsplätze bedroht.“ (DGB-Chefin Fahimi). In Folge der Krise des kapitalistischen Systems schrumpft die Produktion der Stahlindustrie (Stilllegungen und Verlagerungen) im Jahr 2020 nach Schätzungen um 20%. Die Energiekonzerne stoßen massenhaft Arbeitsplätze ab. In der größten industriellen Säule, der Autoindustrie, sank die Beschäftigungszahl von ca. 1 Million auf 800.000 im Jahr 2021. Der Maschinen- und Kraftwerkbau erlebte seinen größten Einbruch 2009 mit über 27% und fällt in 2020 erneut um 11,8%. Mit seinem aggressiven Wirtschaftskrieg gegen Deutschland (Inflationsreduzierungsgesetz) provoziert Biden die Abwanderung vieler Firmen in die USA.

**Den Kampf gegen den Krieg kann die Arbeiterschaft nur führen, indem sie ihre sozialen Errungenschaften gegen die Zerstörungsoffensive verteidigt - gegen Deindustrialisierung, gegen Privatisierung und Schließung z.B. von Krankenhäusern, gegen Inflation, Verteuerung und Verarmung.**

**Das ist der Kampf für die Forderungen:**

- Verteidigung der Reallöhne! Inflationssichere Tarifverträge!
- Sofortige Übertragung des Tarifiergebnis für alle angelehnten Tarifvereinbarungen!
- Integration aller Betriebe und Einrichtungen ohne Tarifvertrag in einen entsprechenden Flächen- bzw. Branchentarifvertrag.
- Verteidigung aller Arbeitsplätze und Betriebe! Kein Arbeitsplatz darf wegfallen ohne Schaffung eines 100% gleichwertigen Neuen.

**Der Kampf für diese Forderungen verlangt die Mobilisierung und Organisierung der Kampfkraft der gesamten Arbeiterschaft und ihrer Gewerkschaften für die Verwirklichung des uneingeschränkten Streikrechts und den Widerstand gegen jeden weiteren Angriff auf dieses elementare Grundrecht!**



## Kundgebung 17.12., 13:00, U-Bhf. Tierpark

### *Rednerinnen und Redner:*

- **Michaela Wiezorek**, Bürgermeisterin von Königs Wusterhausen, die im Auftrag ihrer Stadtverordnetenversammlung einen offenen Brief an Bundeskanzler Scholz schickte, in dem dieser aufgefordert wird, „alles zu unterlassen, was diesen Krieg verlängert, und alles dafür zu tun, dass die Waffen schweigen. Sowohl im Waffenkrieg als auch im Wirtschaftskrieg!“
- **Alexander King**, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses
- **Marcus Staiger**, Journalist und Buchautor
- **DIDF**
- **Aufstehen Lichtenberg**
- **Nancy Larenas**, Vorsitzende der Chile-Freundschaftsgesellschaft Salvador Allende e.V

In Deutschland bahnt sich eine soziale und wirtschaftliche Katastrophe an. Die Preise schießen durch die Decke, aber Löhne und Einkommen halten nicht mit. Die von Bundeswirtschaftsminister Habeck verkündete „Transformation“ führt schon jetzt zur Stilllegung von zahlreichen Betrieben.

Es droht eine weitgehende Deindustrialisierung. Die zusätzliche Abwanderung großer Konzerne in die USA vernichtet Millionen von Arbeitsplätzen. Die geplante zusätzliche Hochrüstung der Bundeswehr verschlingt 100 Mrd. Euro, die im sozialen Bereich fehlen. Das Bürgergeld ist nur ein neuer Name für Hartz IV. Die Eskalation im Ukraine-Konflikt, die von den Waffenlieferungen gefördert wird, hat die reale Gefahr eines Atomkrieges verschärft.

Es ist völlig klar: Die Zeche für Krieg, Sanktionen und Krisen zahlen wir, die Bevölkerung, die einfachen Leute, die Arbeiterinnen und Arbeiter, Handwerkerinnen und Handwerker, Angestellte, Arbeitslose, Rentnerinnen und Rentner, wir kleinen Selbstständigen, Kleingewerbetreibenden, Geflüchteten und Armen. Das machen wir nicht mit!

Deshalb fordern wir:

- **Lebensmittelpreise und Mieten runter, Löhne und Einkommen rauf!**
- **Bundesweiter Mietendeckel und sofortige, umfassende Deckelung der Gas- und Strompreise mindestens auf Vorkrisenniveau!**
- **Energiewirtschaft in öffentliche Hand, Krisengewinne konsequent hoch besteuern!**
- **Stopp der unsinnigen und selbstzerstörerischen Sanktionspolitik, Stopp dem Wirtschaftskrieg!**
- **Keine Hochrüstung der Bundeswehr!**
- **Friedensverhandlungen jetzt!**

Die Gasumlage haben wir durch unsere Proteste schon gestoppt. Nun dürfen wir nicht nachlassen! Nazis und Rassismus haben dabei keinen Platz in unseren Reihen. Wir wollen den Herrschenden Dampf machen.

Für einen heißen Herbst und einen noch heißeren Winter – soll sich die Regierung doch warm anziehen!